

Der Oberbürgermeister

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/035(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 23.06.2011	Ratssaal	14:00Uhr	21:15Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 34.(V) Sitzung des Stadtrates am 26.05.11
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. § 7 der GO des Stadtrates T0125/11
- 5 Aktuelle Debatte zum Thema "Rechte von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen in Magdeburg"  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen T0133/11
- 5.1 Unterstützung des Christopher Street Days  
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! A0093/11
- 5.1.1 Unterstützung des Christopher Street Days  
FDP-Fraktion A0093/11/1

5.2	Christopher Street Day in Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0095/11
5.3	Rathausbeflaggung zum Christopher Street Day in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0096/11
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
6.1	Sanierung und Erweiterung der Kindertageseinrichtungen "Nesthäkchen" und "Spielstübchen", Gerhart-Hauptmann-Straße 42 a BE: Oberbürgermeister	DS0103/11
6.2	EW-Bau für den Neubau des Stadtteiltreffs "Neustädter See", Pablo- Neruda-Straße 11, 39126 Magdeburg BE: Oberbürgermeister	DS0125/11
6.3	EW-Bau für den Umbau des Gebäudes Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg zum Stadtarchiv BE: Oberbürgermeister	DS0144/11
6.4	EW-Bau für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Olvenstedt, Weizengrund / Olvenstedter Grund in 39130 Magdeburg BE: Oberbürgermeister	DS0155/11
6.5	Jahresabschluss 2010 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0145/11
6.6	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0169/11
6.6.1	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0169/11/1
6.6.2	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0169/11/2
6.7	Jahresabschluss 2010 der Städtische Werke Magdeburg GmbH (SWM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0170/11
6.8	Jahresabschluss zum 31.12.2009 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0172/11
6.9	Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0201/11

6.10	Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0053/11
6.11	Satzung über die Schülerbeförderung BE: Bürgermeister	DS0150/11
6.11.1	Satzung über die Schülerbeförderung Oberbürgermeister	DS0150/11/1
6.11.2	Satzung über die Schülerbeförderung Fraktion DIE LINKE	DS0150/11/2
6.11.3	Satzung über die Schülerbeförderung - Erstattung ab 2 km Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0150/11/3
6.12	Nutzungskonzeption Mehrgenerationenhaus Ottersleben BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0017/11
6.12.1	Nutzungskonzeption Mehrgenerationenhaus Ottersleben Jugendhilfeausschuss	DS0017/11/1
6.13	Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0267/10
6.13.1	Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben Fraktion DIE LINKE	DS0267/10/1
6.13.2	Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben Gesundheits- und Sozialausschuss	DS0267/10/1/1
6.14	Abwägung zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Magdeburg Neustadt) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0061/11
6.15	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 "Liebknechtstraße 27" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0073/11
6.16	10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Magdeburg-Neustadt) Feststellungsbeschluss BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0083/11
6.16.1	10. Änderung des Flächennutzungsplanes der LHM (Magdeburg- Neustadt) Feststellungsbeschluss Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0083/11/1
6.17	Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2010 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0088/11

6.18	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 365-2 "Wohnpark Diesdorfer Graseweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0096/11
6.19	Beginn der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB für die "Buckauer Insel" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0115/11
6.20	Abwägung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 366-2 "Döllweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0182/11
6.21	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 366-2 "Döllweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0093/11
6.22	Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Braunsfelde" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0203/11
6.23	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 354-8 "Wohnbebauung westlich Frankfelde" Antrag zur Aufnahme der DS0089/11 in die Tagesordnung des Ausschusses StBV	DS0089/11
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 27.01.11	A0005/11
7.1.1	Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse	S0063/11
7.2	Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 03.03.11	A0016/11
7.2.1	Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd	S0071/11
7.3	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 03.03.11	A0027/11
7.3.1	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden	S0065/11
7.4	Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0036/11

7.4.1	Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung	S0088/11
7.5	Auswirkungen der Neuvergabe von Frequenzbereichen FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0037/11
7.5.1	Auswirkungen der Neuvergabe von Frequenzbereichen	S0111/11
7.6	Sportsymposium II FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0041/11
7.6.1	Sportsymposium II	S0080/11
	Neuanträge	
7.7	Umsetzung Anträge Handyparken Fraktion CDU/BfM	A0081/11
7.8	Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzepts Fraktion CDU/BfM	A0082/11
7.9	Wettbewerbsinformationen für Vereine FDP-Fraktion	A0079/11
7.10	Sachstand zu Struktur und Zielen der Überarbeitung der Tourismuskonzeption FDP-Fraktion	A0080/11
7.11	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11
7.11.1	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11/1
7.12	Städtebund zum Magdeburger Recht Fraktion DIE LINKE	A0087/11
7.13	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Fraktion DIE LINKE	A0089/11
7.13.1	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets FDP-Fraktion	A0089/11/1
7.14	Stipendien in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0090/11
7.15	Spielplatz Stormstraße Fraktion CDU/BfM	A0091/11

7.16	Verlängerte Öffnungszeiten der Magdeburger Museen Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0083/11
7.17	Förderung von Kunst am Bau Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0084/11
7.18	Generelle Prüfung zur Betreibung von Fotovoltaikanlagen Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0078/11
7.19	Touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0085/11
7.19.1	Touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk Fraktion DIE LINKE	A0085/11/1
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung Aufgrund der Aktuellen Debatte (TOP 5) werden alle vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.	
9.1	Sachstand Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt	F0106/11
9.2	Öffnung Gesellschaftshaus	F0103/11
9.3	Erlebnispfad Elbaue	F0104/11
9.4	Grünflächen am KULF	F0107/11
9.5	Feinstaubbelastung	F0110/11
9.6	EHEC-Infektionswelle	F0111/11
9.7	Abgebranntes Fitness-Studio Galaxy in Neu Olvenstedt	F0112/11
9.8	Microsoft Kamerafahrten	F0108/11
9.9	Service- und Lizenzmanagement IT-Arbeitsplatz	F0113/11

9.10	Beseitigung Hundekot	F0115/11
9.11	Entwicklung Domplatzgestaltung	F0116/11
9.12	Straßenausbaumaßnahmen in der südlichen Altstadt im Zusammenhang mit dem künftigen Kreisverkehr	F0114/11
9.13	Verkehrsanbindung Friedenshöhe	F0118/11
9.14	Einkaufsmarkt Jakobstraße/Blaubeilstraße	F0117/11
10	Informationsvorlagen	
10.1	Aktuelle Information zur Aufnahme ausländischer Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms	I0094/11
10.2	Abarbeitung KP II - Maßnahmen	I0128/11
10.3	Sponsoringleistungen 2010 für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0129/11
10.4	Politische Schwerpunkte für den Zeitraum bis 2015 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0135/11
10.5	Anfrage F0101/11 - Kein öffentlich zugänglicher Spielplatz auf dem Werder	I0149/11
10.6	Regelmäßige Berichterstattung zur Dachmarke Ottostadt Magdeburg	I0134/11

#### Nichtöffentliche Sitzung

11	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung Auf Grund der Aktuellen Debatte - TOP 5 werden alle Anfragen schriftlich beantwortet.	
11.1	Portalkran im Hanseterminal der Magdeburger Hafen GmbH	F0119/11

11.2	Nachnutzung ehemaliges Rechenzentrum Deutsche Bahn	F0120/11
11.3	Nutzung Sporthalle	F0121/11
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
12.1	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0143/11
12.2	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0152/11
12.2.1	Personalangelegenheiten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0152/11/1
12.3	Kreditermächtigung für Kassenkredite BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0175/11
12.4	Hochwasserschäden 2011 in den Parkanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0151/11
12.5	Stadiongesellschaften BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0137/11
12.6	Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH - Grunderwerb BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0158/11
12.7	Verkauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0225/11
12.8	Standortsuche Decathlon BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0065/11
12.8.1	Standortsuche Decathlon Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	DS0065/11/1
12.9	B-Plan Nr. 111-1 "Großer Silberberg" - Berichts- und Beschlusstern mit allen wirtschaftlichen Beteiligten am 08.02.2011 zum Legen der Schlussrechnung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0123/11
13	Informationsvorlagen	
13.1	Bereitstellung von PC-Technik für IT-Arbeitsplätze	I0111/11

## Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 35. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	36	“	“
maximal anwesend	52	“	“
entschuldigt	5	“	“

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 905-35(V)11

Stadtrat Sven Haller, FDP-Fraktion, legt mit sofortiger Wirkung sein Mandat als Stadtrat nieder.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 906-35(V)11

Als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtrat der FDP-Fraktion Herrn Sven Haller, wird Herr Werner Heller, wohnhaft in der Nordhäuser Straße 16, 39118 Magdeburg benannt. Herr Heller hat das Mandat durch Erklärung von 21. Juni 2011 angenommen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst begrüßt Herrn Heller als neues Stadratsmitglied und verweist auf seine Pflichten und Rechte gemäß § 30 – 32 GO LSA.

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 907-35(V)11

Stadtrat Werner Heller wird in den Ausschüssen Gesundheit und Soziales und Umwelt und Energie als beratendes Mitglied mitarbeiten.

Des Weiteren informiert die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst über die neue Sitzordnung in der FDP-Fraktion.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**1. Erweiterung der TO**

**Antrag des Ausschusses  
StBV**

DS0089/11 – Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.  
354-8 „Wohnbebauung westlich Frankefelde“

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP **5.23**

**Anträge von Fraktionen**

A0093/11 – Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!  
Unterstützung des Christopher Street Days

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP **7.20**

A0095/11 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Christopher Street Day in Magdeburg

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP **7.21**

A0096/11 – Fraktion DIE LINKE  
Rathausbeflaggung zum Christopher Street Day in  
Magdeburg

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP 7.22

## 2. Hinweis

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird unter TOP 5 eine Aktuelle Debatte zum Thema „Rechte von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen in Magdeburg“ durchgeführt. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Aufgrund der Aktuellen Debatte – TOP 5 - werden alle vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

Zum TOP 9.4 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Redebedarf angemeldet.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst merkt kritisch an, dass es keine übliche Verfahrensweise ist, Eilanträge und eine Aktuelle Debatte zum gleichen Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf die GO SR und hätte sich gewünscht, dass die Fraktionen einen gemeinsamen Lösungsweg gewählt hätten.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz macht rechtliche Ausführungen und merkt mit Verweis auf den § 7 (5) der GO SR an, dass nur über Anträge, die während einer aktuellen Debatte als Verhandlungsgegenstand gestellt werden, weder beraten noch ein Beschluss gefasst werden darf und diese in die Ausschüsse zu überweisen sind.

Der Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt, die in die Tagesordnung aufgenommenen Neuanträge im Anschluss an die Aktuelle Debatte zu behandeln, wird vom Stadtrat einstimmig gefolgt.

Zum Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, die Information I0134/11 – TOP 13.2 – ohne der Anlage 1 im öffentlichen Teil zu beraten, gibt es seitens der Verwaltung keinen Widerspruch und wird vom Stadtrat einstimmig gefolgt. Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE meldet hierzu auch Redebedarf an.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass ab 20.00 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt wird, da die Drucksache DS0137/11 – TOP 12.5 noch heute behandelt werden muss.

Des Weiteren gibt die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst bekannt, dass im Rathaus eine Kinderkonferenz stattfand. In der Sitzung des Stadtrates am 25.08.11 wird eine entsprechende Information vorgelegt und von der Kinderbeauftragten Frau Thäger eine Präsentation gezeigt.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 34.(V) Sitzung des Stadtrates am 26.05.11
- 

**Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM:**

Auf der Seite 15 muss es im 8. Absatz richtig heißen:

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion **CDU/BfM** geht.....

Das Beschlussprotokoll der 34. (V) Sitzung des Stadtrates vom 26.05.2011 wird vom Stadtrat einstimmig bestätigt.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. § 7 der GO des Stadtrates T0125/11
- 

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Aktuelle Debatte zum Thema "Rechte von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen in Magdeburg" T0133/11  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Debatte und gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 1)**

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 2)**

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 3)**

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 4)**

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster gibt die Stellungnahme seiner Fraktion ab. **(Anlage 5)**

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seinen Standpunkt zur Thematik dar. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 6** beigefügt.

Bezüglich der Anmerkung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper begründet Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! sein Verlassen des Ratssaales während des Redebeitrages des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM.

5.1. Unterstützung des Christopher Street Days A0093/11  
 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

---

Die Tagesordnungspunkte 6.20 – A0093/11, 6.21 – A0095/11 und 6.22 – A0096/11 werden im Zusammenhang beraten.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Antrag A0093/11 ein. Er geht im Weiteren auf die vorliegenden Anträge A0095/11 und A0096/11 ein und stellt fest, dass der Antrag A0093/11 seiner Fraktion der Weitestgehende ist und die anderen Anträge sich damit erledigt haben. Stadtrat Bromberg trägt abschließend den Änderungsantrag A0093/11/1 der FDP-Fraktion mit.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0095/11 punktuell ein und weist darauf hin, dass die vorliegenden Anträge A0093/11, A0095/11 und A0096/11 sich inhaltlich unterscheiden. Er wiederum bezeichnet den Antrag A0095/11 seiner Fraktion als den Weitestgehenden und empfiehlt, alle Anträge einzeln abzustimmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0096/11 ein und bittet ebenfalls darum, alle vorliegenden Anträge einzeln abzustimmen.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! merkt an, dass er eine gemeinsame Antragstellung der Fraktionen begrüßt hätte. Er bittet ebenfalls darum, alle Anträge einzeln abzustimmen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0093/11/1 und bittet ebenfalls darum, alle vorliegenden Anträge einzeln abzustimmen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, lehnt die Anträge A0093/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! , A0095/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den A0096/11 der Fraktion DIE LINKE und den Änderungsantrag A0093/11/1 der FDP-Fraktion ab.

Es erfolgt die Abstimmung zum TOP 6.20 – A0093/11.

Gemäß Änderungsantrag A0093/11/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

Der Antrag wird ergänzt

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu initiieren, dass in Vorbereitung auf den Christopher Street Day (CSD) 2012 (und folgende) Veranstalter und Kommune über eine neue, professionelle Ebene der Zusammenarbeit und Unterstützung diskutieren. Ziel ist es, die Sensibilität und Toleranz auf beiden Seiten zu stärken und gemeinsam langfristig an der Vorbereitung der Veranstaltungen zu arbeiten, so dass das Gemeinwesen gestärkt wird.

Gemäß Antrag A0093/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0093/11/1 der FDP-Fraktion mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 908-35(V)11

Das Rathaus der Landeshauptstadt Magdeburg wird zukünftig anlässlich der in Magdeburg stattfindenden Fest- und Aktionswochen des LSVD im Zusammenhang mit dem Christopher-Street-Day mit der Regenbogenfahne beflaggt.

Die Stadt Magdeburg setzt damit ein deutliches Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz und unterstützt mit diesem symbolischen Akt die Gleichstellung und –behandlung der am CSD gewürdigten Gruppen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu initiieren, dass in Vorbereitung auf den Christopher Street Day (CSD) 2012 (und folgende) Veranstalter und Kommune über eine neue, professionelle Ebene der Zusammenarbeit und Unterstützung diskutieren. Ziel ist es, die Sensibilität und Toleranz auf beiden Seiten zu stärken und gemeinsam langfristig an der Vorbereitung der Veranstaltungen zu arbeiten, so dass das Gemeinwesen gestärkt wird.

5.2. Christopher Street Day in Magdeburg  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

A0095/11

Es erfolgt die Abstimmung zum TOP 6.21 – A0095/11

Gemäß Antrag A0095/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 909-35(V)11

Der Stadtrat begrüßt, dass mit der CSD-Woche vom 13. – 21. August 2011 bereits zum zehnten Mal der „Christopher Street Day“ in Magdeburg gefeiert wird.

Magdeburg hat und braucht eine vielfältige Stadtgesellschaft. Wir alle profitieren gemeinsam davon, dass Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung in Magdeburg leben, weil unsere Stadt dadurch noch vielfältiger wird.

Der Stadtrat unterstützt den CSD als Demonstration für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und transsexuellen Menschen. Um dieser Unterstützung öffentlich Ausdruck zu verleihen, wird das Rathaus vom 13. – 21. August 2011 mit der Regenbogenfahne – einem internationalen Symbol der Lesbian- und Schwulenbewegung – beflaggt. Für die kommenden Jahre strebt der Stadtrat an, die CSD-Aktionswoche mit einem eigenen programmatischen Beitrag zu bereichern.

Der Stadtrat bekennt sich dazu, gegen jede Diskriminierung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung einzutreten und deren Rechte engagiert einzufordern.

5.3. Rathausbeflaggung zum Christopher Street Day in Magdeburg  
Fraktion DIE LINKE

---

A0096/11

Es erfolgt die Abstimmung zum TOP 6.22 – A0096/11.

Gemäß Antrag A0096/11 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 910-35(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, aus Anlass der Festwoche zum Magdeburger Christopher Street Day (CSD) vom 13.-21.08.2011 zum Zeichen von Toleranz und Weltoffenheit Magdeburgs das Rathaus mit der Regenbogenfahne zu beflaggen.

### **Persönliche Erklärung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.

#### **(Anlage 6)**

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass sie gemeinsam mit dem 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Schumann die Fahne zum Anlass der Festwoche zum Magdeburger Street Day am Rathaus hissen wird.

#### 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

6.1.	Sanierung und Erweiterung der Kindertageseinrichtungen "Nesthäkchen" und "Spielstübchen", Gerhart-Hauptmann-Straße 42 a  BE: Oberbürgermeister	DS0103/11
------	--	-----------

---

Die Ausschüsse Juhi, StBV, FG und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die vorliegende Drucksache DS0103/11, hält jedoch die Entfernung des Ausweichquartiers im Gneisenauring 34 für die Unterbringung der Kinder für zu weit und bezeichnet die Lösung für nicht optimal. Er bittet darum, im nächsten Jugendhilfeausschuss zu klären, ob das Einvernehmen der Eltern und des Trägers vorliegt. In diesem Zusammenhang verweist Stadtrat Canehl auf das Problem der Öffnung von PDF-Dokumenten im Ratsinformationssystem.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning informiert, dass das Einvernehmen zwischen der Stabsstelle V/02 und den Trägern vorliegt. Er merkt an, dass die von Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vorgetragene Streitpunkte ihm nicht bekannt sind und er dies klären wird.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann informiert, dass an den Ausschuss keine Forderungswünsche seitens der Trägerschaft oder der Eltern herangetragen worden sind.

Der Leiter des Eigenbetriebes KGM Herr Ulrich erhält das Rederecht. Er gibt einen Sachstandsbericht und informiert, dass es zwischenzeitlich eine einvernehmliche Abstimmung des Trägers mit dem Elternkuratorium gab.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 911-35(V)11

Der Stadtrat beschließt die Entwurfsplanung (EW-Bau) des freien Trägers „Johanniter Unfallhilfe Magdeburg e. V.“ zur Sanierung und Erweiterung der Kindertageseinrichtungen „Nesthäkchen“ und „Spielstübchen“, Gerhart-Hauptmann-Str. 42a mit einem Gesamtkostenumfang von 2.000.000 EUR.

Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des Bauvorhabens durch den freien Träger für die Jahre 2011 bis 2012.

6.2.	EW-Bau für den Neubau des Stadtteiltreffs "Neustädter See", Pablo-Neruda-Straße 11, 39126 Magdeburg	DS0125/11
BE: Oberbürgermeister		

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Die Ausschüsse Juhi, StBV, FG und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Kraatz, Fraktion CDU/BfM, begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0125/11 und hinterfragt die Möglichkeit, ein legales Graffiti einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt die Anregung des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM auf. In diesem Zusammenhang verweist er auf die immer weniger werdenden Fördergaben und beglückwünscht die Anwohner zu dieser Investition.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 912-35(V)11

1. Die EW-Bau für den Neubau des Stadtteiltreffs „Neustädter See“, Pablo-Neruda-Straße 11, 39126 Magdeburg wird bestätigt.
2. Das Bauvorhaben ist im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, Fördermaßnahme Magdeburg Kannenstieg / Neustädter See mit einem Gesamtkostenrahmen von 2.454.500 EUR Brutto umzusetzen.

- 6.3. EW-Bau für den Umbau des Gebäudes Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg zum Stadtarchiv DS0144/11  
BE: Oberbürgermeister
- 

Der BA KGM und die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 913-35(V)11

1. Die EW-Bau für den Umbau des Gebäudes Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg zum Stadtarchiv wird bestätigt.
2. Das Vorhaben ist mit einem Gesamtkostenrahmen von 1.496.000,00 EUR umzusetzen.
3. Der Mehrbedarf in Höhe von 631.000,00 EUR wird aus den in 2012 veranschlagten Maßnahmen „Museum“ in Höhe von 385.600,00 EUR und „KULF“ in Höhe von 397.000,00 EUR beschlossen und ist mit der Haushaltsplanung 2012 für das Stadtarchiv zu veranschlagen.

- 6.4. EW-Bau für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Olvenstedt, Weizengrund / Olvenstedter Grund in 39130 Magdeburg DS0155/11  
BE: Oberbürgermeister
- 

Die Stadträtin Siedentopf, Fraktion CDU/BfM und Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 914-35(V) 11

1. Die EW-Bau für den Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Olvenstedt, Weizengrund / Olvenstedter Grund, 39130 Magdeburg wird bestätigt.
2. Das Bauvorhaben ist mit einem Gesamtkostenrahmen von 1.980.500 EUR Brutto umzusetzen.

6.5. Jahresabschluss 2010 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) DS0145/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 915-35(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Herrn Georg-Rainer Rätze geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der KID werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss zum 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 6.666.534,80 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 53.236,88 EUR festzustellen,
  - den Jahresüberschuss in Höhe von 53.236,88 EUR an die Gesellschafter Landeshauptstadt Magdeburg und KITU auszuschütten,
  - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Wandersleb, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
  - für das Geschäftsjahr 2011 den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Herrn Georg-Rainer Rätze zum Abschlussprüfer zu bestellen.

6.6. Eckwertebeschluss für den Haushalt 2012 DS0169/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0169/11 ein.

Er führt aus, dass bei der Doppik die Erträge und Aufwände gemäß § 90 Abs. 3 GO LSA ausgeglichen zu gestalten sind. Die Vorlage in der Anlage 1 zeigt ein Ergebnis im Jahr 2012 von 27,4 Millionen Euro Überschüssen. Herr Zimmermann verweist darauf, dass die Landesregierung vor hatte, das FAG zu evaluieren und zwar ab dem Jahr 2012. Er weist im Weiteren auf folgende Problematik hin:

Der bestehende Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU besagt, dass ein ausgabenbezogenes FAG erst ab 2013 geplant ist. Diese Entscheidung hätte für Magdeburg zur Folge, dass in 2012 knapp 30 Millionen Euro im Haushalt fehlen werden.

Das heißt, der Haushalt für das Jahr 2012 weist nach wie vor ein Defizit von 2 Millionen Euro aus.

Wenn die Stadt ihren Anspruch, den § 90 GO LSA zu erfüllen, durchsetzen will, müssen weitere 2 Millionen Euro bis zur Haushaltsberatung konsolidiert werden.

Herr Zimmermann weist darauf hin, dass mit der vorliegenden Drucksache DS0169/11 im Beschlusspunkt 2 die Eckwerte der Budgets der einzelnen Ressorts beschlossen werden, die mit den einzelnen Ressortleitern, den Beigeordneten, besprochen und abgestimmt wurden. Er merkt an, dass dies nicht einvernehmlich geschah. Am Ende der Diskussion hat die Verwaltung dem Stadtrat jetzt ein Ergebnis vorgelegt, wovon sie überzeugt ist, im Herbst diese Budgeteckpunkte auch in der Haushaltsplanung umsetzen zu können.

Er erläutert im Rahmen seiner weiteren Ausführungen mit Hinweis auf den harten Sparkurs der Landesregierung und die geplanten Steuererleichterungen des Bundes auf die ernste finanzielle Lage der Kommunen und hofft auf die Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes.

Herr Zimmermann geht weiterhin punktuell auf die einzelnen Beschlusspunkte der Drucksache DS0169/11 ein.

Bezüglich der vorliegenden Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 bittet er darum, diesen nicht zu folgen und begründet dies.

Herr Zimmermann bittet in Vorbereitung der Haushaltsberatung im Herbst um konstruktive Vorschläge seitens der Fraktionen, um im Dezember einen ausgeglichenen konsumtiven Haushalt, ausgeglichen in Erträgen und Aufwendungen, beschließen zu können und auch eine Investitionsliste zu verabschieden, die es ermöglicht, die Stadt im kommenden Jahr weiter voranzubringen.

Abschließend stellt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann klar, dass eine Schuldenbremse durch Land und Bund nicht zu Lasten Dritter vollzogen werden kann. Er fordert von Bund und Land entsprechende Gesetzgebungen und eine angemessene Finanzausstattung, damit die Kommunen ihre Aufgaben in entsprechender Qualität erfüllen können.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt die Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 ein und erläutert deren Intention. Er beantragt die getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrages DS0169/11/1 und bittet um Zustimmung zu beiden Änderungsanträgen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler informiert über die Diskussion im Ausschuss und merkt an, dass keine konkreten Vorschläge zur Prioritätenliste gemacht wurden. Er kann die vorliegenden Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht nachvollziehen und hätte sich dafür eine Vorberatung in den Fachausschüssen gewünscht.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, begrüßt die vorliegende Drucksache DS0169/11 und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung. Er führt u.a. aus, dass aus der Sicht

seiner Fraktion große Unsicherheit im sozialen Bereich besteht und ihnen auch die derzeitige nicht Finanzierbarkeit der Sporthalle Buckau Sorgen bereitet.

Stadtrat Stern kann im Namen seiner Fraktion ebenfalls die vorliegenden Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 nicht nachvollziehen und signalisiert die Ablehnung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstreicht die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann und macht klarstellende Ausführungen zu den vorliegenden Änderungsanträgen DS0169/11/1 und DS0169/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Prioritätenliste. Er stellt dabei fest, dass der Änderungsantrag DS0169/11/1 Punkt 2 – Position 15 rechtswidrig ist und verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates. Bezüglich des Punktes 1 – Position 14 kündigt Herr Dr. Trümper nach der Sommerpause eine Drucksache zum aktuellen Sachstand an.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates, jährlich 500 000 Euro für die Radverkehrsanlagen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme der Drucksache DS0169/11 aus. Bezüglich der vorliegenden Änderungsanträge DS0169/11/1 und DS0169/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist er auf die Beschlusslage des Stadtrates und lehnt die Anträge im Namen der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! ab.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Frage der Investitionen Stellung und merkt in diesem Zusammenhang an, dass kein Haushalt vorgelegt wird, der nicht ausgeglichen ist.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster schließt sich den Ausführungen des Stadtrates Rösler an.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile spricht sich dafür aus, solange Zurückhaltung zu üben, bis die finanzielle Ausstattung für 2012 klar ist. Er signalisiert für seine Fraktion die Stimmenenthaltung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert punktuell die Intention der Drucksache DS0169/11 und stellt klar, dass es sich hierbei erst einmal um die Eckpunkte handelt und diese als Planungsgrundlage dienen.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile merkt an, dass sie nicht mehr bereit sind, diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Man sollte gegenüber dem Land ein Signal setzen, dass die Stadt eine klare Aussage zur Finanzausstattung braucht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt appelliert, den Änderungsanträgen DS0169/11/1 und DS0169/11/2 zu folgen.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampf gibt zur Kenntnis, dass nach seiner Kenntnis der Tunnelbau nicht rechtskräftig gebaut werden kann und empfiehlt daher, dem Änderungsantrag DS0169/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die Feststellung des Vorsitzenden des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampf ein und stellt klar, dass der BUND die Verzögerungen des Projektes „Tunnelbau“ verursacht hat und erläutert den Hintergrund.

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! erläutert die Rechtslage zur Forderung des BUND.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, geht kritisch auf den Punkt 4 des Beschlussvorschlages der Drucksache DS0169/11 ein und stellt fest, dass damit die kommunale Selbstverwaltung gefährdet wird.

Abschließend verweist Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf die doppelte Haushaltsführung der Stadt und bittet darum, die Drucksache DS0169/11 zuzustimmen.

Gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages DS0169/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Der **Punkt 1** Änderungsantrag DS0169/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Aus der Investitionsprioritätenliste werden folgende Positionen auf Seite 1 der Hauptliste gestrichen:

1. Position 14: Strombrückenverlängerung

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Der **Punkt 2** des Änderungsantrages DS0169/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Aus der Investitionsprioritätenliste werden folgende Positionen auf Seite 1 der Hauptliste gestrichen:

2. Position 15: Bau Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 8 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0169/11/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

In die Investitionsprioritätenliste ist in der Anlage 9 eine weitere Position (9) neu aufzunehmen:

Lfd.Nr. 9: Bau und Sanierung von Radverkehrsanlagen mit jährlich 500 T€

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 916-35(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den Entwurf des Ergebnisplanes gemäß Anlage 1 als Datengrundlage für die Entwicklung des konsumtiven Haushaltes zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat legt die Eckwerte der Budgets des konsumtiven Haushaltes gemäß Anlage 2 fest.
3. Der Stadtrat nimmt die Investitionsprioritätenliste, Stand 06.05.2011, gemäß Anlage 4 zur Kenntnis.
4. Der Stadtrat beschließt, dass die Kreditaufnahme für die Jahre 2012 bis 2015 wie folgt begrenzt wird:

0 EUR	für 2012
0 EUR	für 2013
0 EUR	für 2014
0 EUR	für 2015

6.7.            Jahresabschluss 2010 der Städtische Werke Magdeburg GmbH            DS0170/11  
                   (SWM)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 917-35(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der CT Commercial Treuhand Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der SWM zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der SWM wird angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2010 der Städtische Werke Magdeburg GmbH festzustellen,



6.9. Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) DS0201/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Ausschuss RPB und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf seine im BA SFM geäußerte Kritik, dass die erzielten Gewinne sich nicht auf die Gebühren auswirken und gesenkt werden. Er bittet den Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz, dieses rechtlich zu prüfen und verweist auf das Eigenbetriebsgesetz.

Stadtrat Schoenberner, Fraktion DIE LINKE, übt Kritik, dass die Drucksache DS0201/11 mit sehr kurzer Beratungsfolge vorgelegt wurde.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann begründet die Eilvorlage und verweist dabei auf den Punkt 4 des Beschlussvorschlages. Er bedauert die kurze Beratungsfolge und dankt dem BA SFM für die Beratung. Herr Zimmermann geht auf die kritischen Äußerungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein und erläutert die Gesetzeslage.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 919-35(V)11

“Der Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) auf den 31.12.2010 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	23.710.507,70 EUR
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	15.862.228,57 EUR
	- das Umlaufvermögen	7.836.502,71 EUR
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	8.583.411,44 EUR
	- Rückstellungen	2.272.903,64 EUR
	- Verbindlichkeiten	4.279.180,37 EUR
1.2.	Jahresgewinn	448.603,87 EUR
1.2.1.	Summe der Erträge	13.082.380,02 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	12.633.776,15 EUR
2.	Verwendung des Jahresgewinns	448.603,87 EUR
2.1.	zur Einstellung in die zweckgebundenen Rücklagen	13.336,20 EUR
2.2.	Zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	435.267,67 EUR
3.	Der Betriebsleiterin, Frau Simone Andruscheck, wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.”	

4. Die rückgeführten Mittel in Höhe von 435.267,67 EUR werden zweckgebunden für die Beseitigung der Hochwasserschäden in den Parkanlagen der Landeshauptstadt Magdeburg verwendet.

6.10. Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg DS0053/11  
BE: Bürgermeister

---

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hinterfragt die Funktionalität bezüglich des Nachweises, ob es sich bei den begleitenden Kindern um eigene Kinder/Enkelkinder handelt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt diesbezüglich an, dass er auf die Ehrlichkeit der Bürger setzt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, signalisiert die Zustimmung zur Drucksache DS0053/11 durch seine Fraktion.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 920-35(V)11

Der Stadtrat beschließt die Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg gemäß beiliegender Anlage.

6.11. Satzung über die Schülerbeförderung DS0150/11  
BE: Bürgermeister

---

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0150/11/1 des Oberbürgermeisters
- Änderungsantrag DS0150/11/2 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag DS0150/11/3 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Die Ausschüsse BSS, KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der FBL 40 Herr Krüger in Vertretung des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch bringt die Drucksache DS0150/11 ein. Er geht auf die vorliegenden Änderungsanträge ein und bittet darum, dem Änderungsantrag DS0150/11/1 des Oberbürgermeisters zu folgen.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler informiert über das Beratungsergebnis und merkt an, dass die Änderungsanträge DS0150/11/2 und DS0150/11/3 zur Beratung nicht vorlagen.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Änderungsantrag DS0150/11/3 ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0150/11/2 ein und erläutert die Intention. Sie geht im Weiteren auf die Änderungen des Schulgesetzes im § 71 „Schülerbeförderung“ erläuternd ein.

Der OBERBÜRGERMEISTER HERR DR. TRÜMPER nimmt zur Argumentation der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, Stellung. Er begründet das Vorgehen der Verwaltung und verweist dabei insbesondere auf den Vergleich mit anderen Schülerbeförderungssatzungen in Halle, Dessau-Rosslau und Anhalt-Bitterfeld. Abschließend verweist Herr Dr. Trümper bei Annahme der Änderungsanträge DS0150/11/2 und DS0150/11/2 auf die geschätzte Mehrbelastung für den städtischen Haushalt in Höhe von 200.000 Euro. Er plädiert abschließend dafür, der Drucksache DS0150/11 in der Fassung des Änderungsantrages DS0150/11/1 zu folgen.

Der Fachbereichsleiter Herr Krüger in Vertretung des Bürgermeisters Herr Dr. Koch geht auf die Konsequenzen bei Annahme des Änderungsantrages DS0150/11/2 der Fraktion DIE LINKE ein.

Nach weiterer Diskussion geht Stadtrat Lischka auf die vorgetragenen Argumente der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, ein und signalisiert zu den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrages DS0150/11/2 die Ablehnung.

Nach kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0150/11/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

Die Anlage 1 der Drucksache wird wie folgt geändert:

In § 4 I Abs. 6 wird Satz 2 („Später eingehende Anträge führen zum Anspruchsausschluss.“) gestrichen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 16 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0150/11/2 der Fraktion DIE LINKE –

Die Anlage 1 der Drucksache wird wie folgt geändert:

1. §1(2) Satz zwei wird wie folgt verändert:

*„Schüler der Sekundarstufe II, die nicht durch die Absätze 2 und 4a im § 71 des Schulgesetzes erfasst sind, haben den Beförderungs- oder Erstattungsanspruch, wenn sie im Besitz des Magdeburg Passes sind. Dem Antrag auf Schülerbeförderung ist eine Kopie des Magdeburg Passes einschl. des Anschreibens beizufügen.“*

2. In § 2(3) wird der folgende Teilsatz gestrichen:

*„die bei der Schülerbeförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erstatten wären.“*

3. In § 2 (1) sollen die Entfernungsangaben der bisherigen Satzung in den Buchstaben a) und b) beibehalten werden. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0150/11/3 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Anlage 1 wird wie folgt geändert:

§ 2 Absatz 1 lit. **a) und b)** werden wie folgt gefasst:

§ 2 (1) ... der Schulweg zwischen der Wohnung und der Schule länger ist als

- a) für Schüler der allgemein bildenden Schulen der Primarstufe im 1. bis 4. Schuljahrgang und der Sekundarstufe I im 5. und 6. Schuljahrgang

**2,0 Kilometer**

- b) für Schüler der allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I **im 7. – 10. Schuljahrgang**

**2,5 Kilometer,**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0150/11/1 des Oberbürgermeisters und des Änderungsantrages DS0150/11/3 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mit 29 Ja-, 1 Neinstimme und 18 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 921-35(V)11

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß beiliegender Anlage 1.

6.12. Nutzungskonzeption Mehrgenerationenhaus Ottersleben  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

DS0017/11

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0017/11/1.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning bringt die Drucksache DS0017/11 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann geht auf die Chronologie der Thematik ein. Er begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0017/11/1.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, ob am Objekt noch Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, führt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning aus, dass sich das Gebäude in einem guten Zustand befindet. Er informiert, dass der Nutzer des Objektes einen Leihvertrag erhält, in dem auch geregelt wird, dass er Rücklagen für den laufenden Erhalt zu bilden hat.

Gemäß Änderungsantrag DS0017/11/1 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Im Beschlusspunkt 3 werden in der dritten Zeile die Worten „und mündelsichere“ ergänzt:

(Beschlusspunkt 3 neu, Ergänzung fett gedruckt)

3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung in den leihvertraglichen Bestimmungen zur Leihnahme der Liegenschaft Lüttgen-Ottersleben 18 a sicherzustellen, dass der Leihnehmer monatlich eine auskömmliche **und mündelsichere** Rücklage bis zur Höhe der derzeitigen monatlichen Mietzinszahlungen zu bilden hat, um zukünftig die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten ausführen zu können und die Verwendung der Rücklage für die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten mit dem Verleiher abzustimmen ist.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0017/11/1 des Ausschusses Juhi einstimmig:

Beschluss-Nr. 922-35(V)11

1. Der Stadtrat bestätigt das der Drucksache DS 0017/11 als Anlage beigefügte Nutzungskonzept des Trägers Bildungsnetzwerk gGmbH als Grundlage der Entwicklung eines Mehrgenerationenhauses in Ottersleben.
2. Der Stadtrat beschließt, dass das unter Punkt 1 bestätigte Nutzungskonzept nach zwei Jahren durch die Verwaltung evaluiert wird.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung in den leihvertraglichen Bestimmungen zur Leihnahme der Liegenschaft Lüttgen-Ottersleben 18 a sicherzustellen, dass der Leihnehmer monatlich

eine auskömmliche und mündelsichere Rücklage bis zur Höhe der derzeitigen monatlichen Mietzinszahlungen zu bilden hat, um zukünftig die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten ausführen zu können und die Verwendung der Rücklage für die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsarbeiten mit dem Verleiher abzustimmen ist.

- 6.13. Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes/Mehrgenerationenhaus Ottersleben DS0267/10  
 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0267/10/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge bringt den Änderungsantrag DS0267/10/1/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile bringt den Änderungsantrag DS0267/10/1 ein und trägt den Änderungsantrag DS0267/10/1/1 des Ausschusses GeSo mit.

Gemäß Änderungsantrag DS0267/10/1/1 des Ausschusses GeSo **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Als Punkt 3 wird eingefügt:

3. Es ist ein fortgeschriebenes und erweitertes Nutzungskonzept auf der Grundlage der DS0139/10 zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Evaluierungszeitpunkt Juni 2013 vorzulegen.

Gemäß Änderungsantrag DS0267/10/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0267/10/1/1 des Ausschusses GeSo einstimmig:

Der Kurztitel der DS wird wie folgt geändert:

„Verleihung einer Liegenschaft zur Nutzung eines Mehrgenerationenhauses in Ottersleben“

Als Punkt 3 wird eingefügt:

3. Es ist ein fortgeschriebenes und erweitertes Nutzungskonzept auf der Grundlage der DS0139/10 zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Evaluierungszeitpunkt Juni 2013 vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des modifizierten Änderungsantrages DS0267/10/1 der Fraktion DIE LINKE einstimmig.

Beschluss-Nr. 923-35(V)11

1.

Die Landeshauptstadt Magdeburg verleiht die Liegenschaft Lüttgen-Ottersleben 18a der Bildungsnetzwerk Magdeburg gemeinnützige GmbH mit dem Nutzungszweck, trägerübergreifend ein Mehrgenerationenhaus (generationsübergreifendes Bürgerhaus) zu betreiben.

2.

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung, mit dem Träger Bildungsnetzwerk Magdeburg gemeinnützige GmbH einen Leihvertrag für die Liegenschaft Lüttgen-Ottersleben 18a mit einer unbefristeten Laufzeit abzuschließen, der eine trägerübergreifende Nutzung ermöglicht.

3.

Es ist ein fortgeschriebenes und erweitertes Nutzungskonzept auf der Grundlage der DS0139/10 zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Evaluierungszeitpunkt Juni 2013 vorzulegen.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann übernimmt die Sitzungsleitung.

6.14.	Abwägung zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Magdeburg Neustadt)	DS0061/11
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

---

Die Tagesordnungspunkte 6.14 – DS0061/11 und 6.16 – DS0083/11 werden im Zusammenhang beraten.

Zu den Drucksachen DS0061/11 und DS0083/11 empfehlen die Ausschüsse UwE und StBV die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0061/11 ein und macht grundsätzliche Ausführungen zu den Grundsätzen der Planungshoheit.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla bittet darum, über den Punkt 2.7 gesondert abzustimmen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, beantragt, über alle Punkte zur Abwägung einzeln abzustimmen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Regelung in der Hauptsatzung, dass die Abwägungen durch den Ausschuss StBV beschlossen werden müssen und regt an, die Drucksache DS0061/11 in den Ausschuss StBV zurück zu überweisen.

Im Ergebnis der Diskussion beschließt der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die Drucksachen DS0061/11 und DS0083/11 werden in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.15.        Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1        DS0073/11  
               "Libknechtstraße 27"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 49 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 924-35(V)11

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 223-1 „Schlachthof“ wird in einem Teilbereich, der umgrenzt wird:

- im Norden: durch die Südgrenze der Libknechtstraße (Südgrenze des Flurstückes 3469/194, Flur 144),
- im Osten: durch die Westgrenze der Schlachthofstraße,
- im Süden: durch die Südgrenze des Flurstückes 10109 (Flur 144),
- im Westen: durch die Westgrenze des Flurstückes 10109 (Flur 144) und die Südgrenze (teilweise) sowie die Westgrenze des Flurstückes 2439/19 (Flur **144**),

aufgehoben.

2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3316) und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 223-1.1 „Libknechtstraße 27“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.

Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

6.16. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Magdeburg-Neustadt) DS0083/11  
Feststellungsbeschluss  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der TOP 6.16 – DS 0083/11 wurde im Zusammenhang mit TOP 6.14 – DS0061/11 beraten.

6.17. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur DS0088/11  
Entwicklungsmaßnahme Rothensee mit Stand vom 31.12.2010  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse RWB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfragen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zum Verbleib der Einnahmen des vergangenen Jahres und zur Ausweisung der Aufwendungen gegenüber dem Entwicklungsträger, erläutert der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann den Umgang mit den Steuereinnahmen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann ergänzt, dass für das Entwicklungsgebiet die Maßgaben des Baugesetzbuches gelten und dort geregelt ist, wie eine Kosten- und Finanzierungsübersicht zu handhaben ist. Er erläutert im Weiteren das Verfahren zur Ausweisung der Aufwendungen gegenüber dem Entwicklungsträger.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, legt seinen Standpunkt zur DS0088/11 dar und geht dabei u.a. auf den Umgang mit dem Differenzbetrag ein. Er verweist auf die Zielstellung, durch die Ansiedlung von Firmen auf diesem Areal die Gewerbesteuern für die Stadt zu erhöhen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, geht auf die Gesamtproblematik ein und stellt fest, dass die bisher erzielten Ergebnisse nicht fruchtbar sind. Er unterstützt im Weiteren die Argumente des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Änderungsantrag DS0419/07/18 und hinterfragt dessen Umsetzung.

Der OBERBÜRGERMEISTER HERR DR. TRÜMPER beantwortet die aufgeworfenen Fragen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und stellt klar, dass keine Steuern gebietsbezogen in der Stadt erheben werden können. Es gibt eine klare Bilanzierungsvorschrift, die von der Stadt auch ausgewiesen wird. Herr Dr. Trümper weist abschließend darauf hin, dass in der Entwicklungsmaßnahme Rothensee Wirtschaftsförderung betrieben wird und dies mit Kosten verbunden ist.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht in seinen Ausführungen auf die Situation des Treuhandvermögens ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann macht erläuternde Ausführungen zur Situation des Treuhandvermögens.

Nach weiterer Diskussion macht der OBERBÜRGERMEISTER HERR DR. TRÜMPER klarstellende Ausführungen zur Darstellung des Differenzbetrages in der doppischen Haushaltsführung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 925-35(V)11

Der Stadtrat stimmt der Kosten- und Finanzierungsübersicht gemäß § 171 Abs. 2 BauGB mit Stand vom 31.12.2010 und dem damit verbundenen Defizit der Maßnahme in der Zone I im Jahre 2013 in Höhe von 46.921 Mio. EUR und in der Zone IV in Höhe von 44.951 Mio. EUR zu.

6.18.           Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan           DS0096/11  
                   Nr. 365-2 "Wohnpark Diesdorfer Graseweg"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt übt Kritik, dass der Grund der Aufhebung nicht in der Begründung benannt wird.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann sichert zu, dies zukünftig zu berücksichtigen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 926-35(V)11

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat in seiner Sitzung am 09.03.2000 mit Beschluss-Nr. 521-10 (III) 00 für das Gebiet, das wie folgt umgrenzt wird:
  - im Norden durch die Südgrenzen der Flurstücke 4060/711, 4061/711, 4062/711 und 4063/711 sowie die West- und Südgrenze des Flurstückes 4023/712 (alle Flur 353),
  - im Osten durch den Diesdorfer Graseweg (Flurstück 10154, Flur 353),
  - im Süden durch die Nordgrenzen der Flurstücke 716, 719, 720, 723, 724, 726, 727 und 730 (teilweise), die Westgrenzen der Flurstücke 4053/715 und 4054/714 sowie die Nordgrenze des Flurstückes 4054/714 (alle Flur 353),

- im Westen durch die Ostgrenzen der Flurstücke 676, 10241, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685 und 686 (teilweise) (alle Flur 353),

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 365-2 ist ortsüblich bekannt zu machen.

6.19. Beginn der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB für die "Buckauer Insel" DS0115/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning beantwortet die aufgeworfene Frage des Stadtrates Nordmann, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zum späten Zeitpunkt der Untersuchung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 927-35(V)11

1. Gemäß § 141 Abs. 3 Satz 1 BauGB beschließt der Stadtrat zur Gewinnung von Beurteilungsgrundlagen über die Festsetzungsvoraussetzungen für ein Sanierungsgebiet nach § 142 Abs. 4 BauGB den Beginn der vorbereitenden Untersuchung für die „Buckauer Insel“. Sie umfasst die Flächen zwischen Warschauer Straße, Freie Straße und Dodendorfer Straße.

Die Fläche wird begrenzt:

- im Norden von der südlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 959/47 der Flur 439,
- im Osten durch die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 11/2 der Flur 439,
- im Süden die südlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 10037 und 10036 der Flur 439 und der gedachten Verlängerung dieser Linie bis zur Westseite der Dodendorfer Straße,
- im Westen durch die westliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 173/4 der Flur 438.

Die Umgrenzung ergibt sich weiterhin aus dem beiliegenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

2. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alle im laufenden Verfahren notwendigen Anträge zu stellen und insbesondere auch die Eigentümer, Mieter, Pächter und sonstigen Betroffenen zur Mitwirkung bei der Sanierung und zur Durchführung der erforderlichen Baumaßnahmen anzuregen und hierbei im Rahmen des Möglichen zu beraten.
3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

6.20.            Abwägung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 366-2            DS0182/11  
                       "Döllweg"  
                       BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0182/11 ein.

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! spricht sich aus naturrechtlichen Gründen gegen eine Bebauung im Außenbereich aus.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die Frage der Möglichkeit einer Bebauung von Flächen im Innenbereich ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla informiert über die Diskussion im Ausschuss und begründet das Beratungsergebnis.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, argumentiert gegen die Annahme der Drucksache DS0182/11 und merkt an, dass die Mehrheit seiner Fraktion diese ablehnt.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, empfiehlt, der vorliegenden Drucksache DS0182/11 zu folgen und begründet seinen Standpunkt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt verweist darauf, dass es ausreichend Flächen im Innenbereich zur Bebauung gibt.

Nach weiterer Diskussion bringt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, den GO-Antrag – Abbruch der Debatte ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern beschließt der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 928-35(V)11

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 366-2 „Döllweg“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).  
Zur Behandlung der Stellungnahmen ergeht folgender Einzelbeschluss:

2.1

Amt 31 (untere Naturschutzbehörde)  
Schreiben vom 15.12.2010  
Abwägungskatalog lfd. Nr. 12, Seite 5-7

a) Stellungnahme

Es werden folgende Anregungen vorgebracht:

1. Erweiterung des Plangebietes bis zur Straßenkante Döllweg

Begründung: Der Bebauungsplan muss alle ihm zuzurechnenden Konflikte bewältigen und nicht nachfolgenden Verwaltungsverfahren überlassen. Durch den Bebauungsplan wird eine Querung des Grabens Döllweg verursacht. Dafür muss geschützter Baumbestand gefällt werden. Die Fällung einschließlich der Ersatzpflanzung muss im B-Plan behandelt werden. Der Hinweis auf einen Überschuss an Wertpunkten reicht nicht aus. Es ist nicht erkennbar wie viele Bäume welcher Qualität gefällt werden müssen.

2. In der textlichen Festsetzung Nr. 2.3. ist „sowie eine Gehölzpflanzung“ zu streichen.

Begründung: Die Festsetzung ist weder mit den Belangen des Naturschutzes noch des Wasserrechtes vereinbar. Gehölzpflanzungen an Gewässerrändern sind aus Sicht des Naturschutzes positiv zu bewerten (Abschirmung gegenüber Störungen und Stoffeintrag, Erhöhung der Standortvielfalt, Lebensraum für Tiere und Pflanzen). Erhaltung und Neuanpflanzung einer standortgerechten Ufervegetation ist gemäß § 39 WHG ausdrücklich Gegenstand der Gewässerunterhaltung.

3. Auf der Nordseite des Grabens ist im Zufahrtsbereich ein „Baumtor“ festzusetzen.

Begründung: Durch das Anlegen der Zufahrt werden Fällungen von Bäumen nach der Baumschutzsatzung erforderlich. Die derzeit geschlossene Baumreihe wird unterbrochen und so in das Landschaftsbild eingegriffen. Die Beeinträchtigung kann durch das „Baumtor“ ausgeglichen werden. (Ausgleich durch landschaftsgerechte Neugestaltung gem. § 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG).

## b) Abwägung

1. Eine Erweiterung des Plangebietes ist nicht erforderlich. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, hier nach dem „Magdeburger Modell“ vorgenommen, behandelt den mit dem Bebauungsplan vorbereiteten flächenmäßigen Eingriff in Natur und Landschaft. Gehölze die der Baumschutzsatzung unterliegen sind im Einzelfall, d. h., aufgrund der konkreten Baugenehmigung gesondert zur Fällung zu beantragen. Die sich daraus ergebenden Ersatzpflanzungen werden mit der Fällgenehmigung durch die untere Naturschutzbehörde beschieden. Die Baumreihe befindet sich südlich des Grabens „Döllweg“. Die bauliche Planung und damit der mögliche Eingriff endet an der Nordgrenze des Gewässerschonstreifens. Hinsichtlich der Querung ist festzustellen, dass es sich dem Charakter nach um eine Grundstückszufahrt handelt. Die bisher in diesem Sinne genutzte Überführungsmöglichkeit wird zurückgebaut.

2. / 3. Die Pflanzung eines „Baumtores“ auf der Grabennordseite ist nicht möglich. Aufgrund des Hinweises der unteren Wasserbehörde wurde diese Absicht mit dem Unterhaltungsverband „Untere Ohre“ in dessen Zuständigkeit der Graben „Döllweg“ fällt diskutiert. Der Unterhaltungsverband lehnt eine Anpflanzung von Bäumen auf der Grabennordseite ab. Die Situation stellt sich wie folgt dar:

Im Bereich des Bebauungsplangebietes ist die Südseite des Grabens mit Bäumen bestanden. Die Bewirtschaftung / Pflege des Grabens wird deshalb von Norden aus vorgenommen. Ein Baumtor würde maschinelle Unterhaltungsmaßnahmen in diesem Bereich verhindern und den Verband zwingen deutlich kostenintensivere manuelle Pflegearbeiten vorzunehmen. Diese Mehrkosten müssten den tatsächlichen Anrainern (Bauherren) auferlegt werden. Diese künftigen Grundstückseigentümer werden bereits mit dem fünf Meter breiten Geländeschonstreifen belastet. Die untere Wasserbehörde hat sich aufgrund der vorhandenen einseitigen Bepflanzung des Grabens zugunsten einer Beibehaltung der ungehinderten Zugänglichkeit der Grabennordseite entschieden. Sowohl der Graben als auch der Döllweg sind kommunales Eigentum. Auf der Nordseite des Döllwegs ist westlich des Bebauungsplangebietes keine bauliche Entwicklung vorgesehen (Darstellung F-Plan). Damit kann auch eine Aufwertung / Ausbau der Straße ausgeschlossen werden. Die Ergänzung des vorhandenen Baumbestandes südlich des Grabens kann als Alternative für den Ausgleich des Landschaftsbildes herangezogen werden.

## Beschluss 2.1:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.21. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. DS0093/11  
366-2 "Döllweg"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 929-35(V)11

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 366-2 „Döllweg“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

Es wurde eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Gemäß § 2a BauGB wurde ein Umweltbericht als gesonderter Bestandteil der Begründung erstellt.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 366-2 „Döllweg“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig zu beteiligen und gemäß 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

8. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes  
Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30  
Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

8.1 Frau Prof. Dr. Katja Michalak, Gartenstraße 2, 39114 Magdeburg

Schönen guten Tag. Wenn ich mich kurz vorstellen könnte, Frau Prof. Dr. Katja Michalak, Professorin für Politikwissenschaft, Bewohnerin des Stadtteilzentrums Werder, Gartenstraße 2. Meine Frage geht natürlich an alle Stadträte und insbesondere an den Baubeigeordneten Dr. Scheidemann. Erläutern Sie, wie Sie sich unser Mitspracherecht für die Planung und Mitgestaltung unseres grünen Stadtteilzentrums, bestehend aus dem Viktoriapark, von der Mittelstraße bis zur Alten Elbe, sowohl des Spiel- und Sportanlagenareals des KJFH Werder vorstellen. Also speziell geht es um unser Mitspracherecht.

### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper verweist auf die Situation, dass das Grundstück, auf dem sich die Jugendeinrichtung befand, nicht der Stadt gehört. Er informiert, dass er sich persönlich am Dienstagmorgen vor Ort die Situation angeschaut hat, da die entsprechende Drucksache am 22.06.11 im Finanzausschuss beraten werden sollte. Dr. Trümper führt aus, dass die Drucksache dort erstmal zurückgestellt worden, da die Verwaltung vom Stadtrat beauftragt wurde, den Spielplatz in der Jugend- und Freizeiteinrichtung nicht mit zu verkaufen, sodass dieses Stück jetzt dann geteilt werden müsste. Daneben befindet sich jetzt der öffentliche Spielplatz. Diesbezüglich hat die Verwaltung vorgeschlagen, dass der Spielplatz vernünftig saniert und als ein großer schöner Spielplatz aufgebaut werden sollte. Dr. Trümper verweist auf die neuen Überlegungen, ob es nicht sinnvoller wäre, den Spielplatz auf der ehemaligen Jugendeinrichtung doch zu verkaufen und den Viktoriapark zu einem schönen grünen Spielplatz umzubauen. Diese Überlegung wird derzeit untersucht und zur gegebenen Zeit mit den Bürgern des Stadtteils besprochen.

Frau Prof. Dr. Michalak äußert ausdrücklich den Wunsch der Anwohner an der Beteiligung und Gestaltung des Viktoriaparks und der Grünfläche.

### 8.2 Gert Sommerfeldt, Breiter Weg 12, 39104 Magdeburg

Werter Herr Oberbürgermeister. In der Stadt Magdeburg ist viel Neues entstanden, was wir gerne als Stadtführer dann auch unseren Gästen im Rahmen der Touristik zeigen. Wir haben aber auch viele alte Sachen, die bewahrt wurden, Gott sei dank und leider auch verwahrt werden. Ich denke da zum Beispiel an das Sterntor, wo also am Domplatz schon das Fundament eingelassen wurde, eine Granittafel ganz groß verkündet, im Jahre 2008 wird hier das Stadttor stehen. Leider ist das ganze verklebt, weil es ja eine große Rutschgefahr dann auch gab. Deswegen die Frage. Wie geht es nun weiter? Wann werden wir, Herr Oberbürgermeister, vielleicht gemeinsam durch dieses Stadttor gehen? Denn am Geld dürfte es doch nicht liegen. Denn in der Zwischenzeit hätte Herr Dr. Köppe schon längst drei Millionen Mark zusammengeholt.

### Antwort des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke führt aus, dass es eine Initiative von Bürgern eines Kuratoriums ist, die versuchen, über Spenden dieses Stadttor umzusetzen. Er verweist darauf, dass sie auf einem sehr guten Weg sind und informiert, dass nächste Woche Dienstag oder Mittwoch Baubeginn des zweiten Bauabschnittes des Sterntores sein wird. Ziel ist es, bis zum Ottofest Anfang September diesen Jahres das Tor mit seinem Bogen im Grundgefüge stehen zu haben. Über die weiteren Schritte wird das Kuratorium gemeinsam mit der Stadtverwaltung beraten.

### 8.3 Herr Ralf Thiem, Telemannstraße 8, 39106 Magdeburg

Guten Tag, Ralf Thiem, Alte Neustadt. Ich habe eine Frage an den Oberbürgermeister. Und zwar geht es, das was in der Presse stand, Ihr „Parkverstoß“. Ich wollte nur wissen, ob ich Ihre Aussage, dass Sie das Zusatzschild nicht erkannt haben oder nicht wahrgenommen haben, so als wahre Münze nehmen soll oder ob es da eine Ausrede war. Ich würde vielleicht, um das abzukürzen einen Vorschlag unterbreiten, die 35 Euro als Spende an den Behindertenverband der Stadt Magdeburg zu überweisen. Da ist beiden mit gedient. Sie können das ja bei der Steuer absetzen und dem Behindertenverband ist auch geholfen, damit sie beide Projekte finanzieren können. Vielleicht können Sie sich dazu noch mal äußern.

### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper informiert, dass es in der Stadt zwei Arten von Parkplätzen gibt. Das eine sind die Parkplätze, bei denen die Verkehrsbehörde angeordnet hat, hier ist ein Parkplatz, jedermann kann jederzeit dort parken. Die haben teilweise Gebühren, teilweise keine Gebühren. Und dann gibt es Parkplätze, die sind von Privaten eingerichtet oder von öffentlichen Einrichtungen als Besucherparkplätze. Da steht draußen dran, Besucherparkplatz für Besucher der Feuerwehr, wie an dem eben genannten. Und Besucher der Feuerwehr können natürlich normalerweise nur kommen, wenn die Feuerwehr Besuchszeiten hat. Herr Dr. Trümper führt weiter aus, dass er sich von dem diensthabenden Kollegen auf den Parkplatz einwiesen ließ. Er merkt an, dass dies der Sachstand ist, und dies in der Zeitung nicht wahrheitsgemäß wiedergegeben wurde.

### 8.4 Frau Christine Meier, Zollstraße 14b, 39114 Magdeburg

Mein Name ist Christine Meier. Ich bin Diplom-Ingenieurin, wohne im Stadtteil Werder, bin über 12 Jahre lang selbst Stadträtin der Landeshauptstadt Magdeburg gewesen und möchte im Namen der Interessengemeinschaft Elb-Insel Werder eine Frage stellen. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Warum veranlassen Sie bzw. lassen Sie zu, dass der Verkauf von Grundstücken erfolgen soll, auf denen sich ein historischer und wertvoller Baumbestand und ein von Bürgern initiiertes und realisierter Spielplatz, auf dem sich alle Generationen betätigen und erholen können, zumal die Verwaltung seinerzeit den langfristigen Bestand zugesagt hat, Sie, als Stadträte, seit über zehn Jahren im Rahmen der Haushaltsplanung und Haushaltsumsetzung jedes Jahr kommunales Geld der Steuerzahler zur Verfügung gestellt haben, sich die Landeshauptstadt Magdeburg mit Bürgerarbeit und Aktivitäten der Bürger im Rahmen der Gemeinwesenarbeit bundesweit Erfolge geholt hat, noch dazu mit einer Drucksache 0205/11, die dermaßen unqualifiziert und in vielen Teilen direkt falsch formuliert und im Zusammenhang falsch dargestellt ist, unabhängig von den zahlreichen formalen Fehlern der Nichtbeteiligungen trotz Beschlusslage und noch dazu im Jahr der Jugend. Wissen Sie nicht, dass Sie das Herz der Elb-Insel Werder, mehrere Stadtteile, mit einer solchen Entscheidung völlig zerstören, noch dazu, wo der Spielplatz, ich rede immer von dem kleinen Spielplatz, der durch Bürger hergestellt wurde, direkt anbindend an die Mittelstraße im Viktoriapark, noch dazu, wo dieser Spielplatz auch mit der Unterstützung von Studenten aus Russland, Algerien, China, Indien, Dialog der Generationen hat dafür unter anderem ein Bundesverdienstkreuz erhalten, errichtet und in den Folgejahren mit Leben erfüllt und international bekannt wurde. Ich bitte um eine kurze mündliche Aussage dazu. Ich habe

natürlich vorhin auch gut zugehört, aber unabhängig davon bitten wir um eine schriftliche Beantwortung.

#### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper verweist in seiner Antwort auf seine Ausführungen bezüglich der Frage von Frau Prof. Dr. Michalak und merkt an, dass mit Auftrag des Stadtrates die Verwaltung in aller Ruhe planen wird.

Bezüglich der kritischen Anmerkungen von Frau Meier zur Drucksache DS0205/11 weist er darauf hin, dass die Drucksache im Ausschuss FG zugestellt wurde.

Er sichert zu, alle von den Bürgern vorgetragenen Varianten umfassend prüfen zu lassen und Ende des Jahres das Ergebnis vorzulegen.

#### 8.5 Herr Bob Bogan, Leiterstraße 11, 39104 Magdeburg

Ich heiße Bob Bogan aus Nashville, Tennessee, USA. Ich lerne Deutsch, ein bisschen, ein bisschen, ein bisschen, aber ich vergesse Deutsch ein bisschen, ein bisschen, ein bisschen. Es freut mich sehr, hier zu sein mit den Mitgliedern von dem Stadtrat. Magdeburg. Magdeburg und Nashville, Städtepartnerschaft, richtig Olaf? Okay. Und ich bringe Grüße von einem alten Freund aus Magdeburg, der in Nashville wohnt. Und ich sage alles Gute. Danke.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Aufgrund der Aktuellen Debatte (TOP 5) werden alle vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

---

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst  
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther  
Protokollantin

- Anlage 1 - Redebeitrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 5
- Anlage 2 - Redebeitrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zum TOP 5
- Anlage 3 - Redebeitrag der Fraktion CDU/BfM zum TOP 5
- Anlage 4 - Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE zum TOP 5
- Anlage 5 - Redebeitrag der FDP-Fraktion zum TOP 5
- Anlage 6 - Redebeitrag des Oberbürgermeisters zum TOP 5
- Anlage 7 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Zum TOP 7.20
- Anlage 8 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Zum TOP 12.2
- Anlage 9 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!  
Zum TOP 12.5
- Anlage 10 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM zum TOP 12.8
- Anlage 11 – namentliche Abstimmung zum TOP 12.8

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Wübbenhorst, Beate

**Mitglieder des Gremiums**

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Guderjahn, Marcel

Hans, Torsten

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

**Geschäftsführung**

Luther, Silke

**Abwesend**

Budde, Andreas

Gärtner, Matthias

Pott, Alexander Prof.Dr.

Rohrßen, Martin

Schumann, Carola